

Zum Umgang
der Bundesrepublik
mit der NS-Vergangenheit

Sechzig Jahre nach dem 8. Mai 1945

Harald Bergsdorf

An Gedenktagen wie dem 8. Mai stellt sich die Frage, ob und inwieweit sich Geschichte dazu eignet, aus ihr zu lernen. Oder lässt sich aus Geschichte nur erkennen, wie schwierig oder gar unmöglich es ist, aus ihr zu lernen? Gewiss wiederholt sich Geschichte niemals vollständig. Jede historische Situation ist einmalig. Zum Beständigsten gehört der Wandel. Doch immer wieder lassen sich Analogien ziehen: „Denken heißt Vergleichen“ (Walther Rathenau). Deshalb bleibt es bedeutsam, Geschichte zu vergegenwärtigen und durch Erinnerung zu verinnerlichen.

Antitotalitäres Fundament

Sich mit Geschichte zu beschäftigen fördert das Generationen übergreifende Erinnern und schärft damit die politische Urteilskraft sowohl für die Gegenwart als auch die Zukunft. Im Privatleben hilft Lebenserfahrung bei der Orientierung. Analog leistet im öffentlichen Leben – in der Politik – die Geschichte einen Beitrag, Meinungen und Entscheidungen zu finden. Lernen aus Geschichte ermöglicht es, nicht weise für immer zu werden, aber vielleicht klüger für die Zukunft, also für das nächste Mal. Dass sich aus Geschichte lernen lässt, unterstreicht die Geschichte der Bundesrepublik, insbesondere auch ihr Umgang mit der NS-Vergangenheit. Am sechzigsten Jahrestag des 8. Mai 1945 gilt es die Frage zu beantworten, was die Bundesrepublik aus der „Hitlerei“ (Sebastian Haffner) konkret gelernt hat. Welche Konsequenzen hat die Bundesrepu-

blik aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus gezogen?

Auf der Gründung der Bundesrepublik lagen und lasteten die „langen Schatten“ (Peter Graf Kielmansegg) des Nationalsozialismus: Der glückliche, phönixartige Aufstieg des Weststaates aus den Trümmern der Hitler-Diktatur war deshalb ein großer, keineswegs selbstverständlicher Erfolg. Viele Gründer der Bundesrepublik wie Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier, Jakob Kaiser, Theodor Heuss und Kurt Schumacher hatten sich vom Nationalsozialismus fern gehalten oder die Hitler-Diktatur gar aktiv bekämpft: Die zweite deutsche Demokratie basierte auf einem breiten Anti-Hitler-Konsens, ja sogar einem antitotalitären Fundament.

Kluge Konsequenzen und extreme Reaktionen

Die vielen „checks and balances“ (modifiziertes Verhältniswahlssystem, faktischer Koalitionszwang, Föderalismus, Tarifautonomie, Bundesverfassungsgericht) des politischen Systems der Bundesrepublik lassen sich als eine zentrale Konsequenz aus Hitlers extremem Machtmissbrauch begreifen – allerdings kam es in der Geschichte der Bundesrepublik auch zu weit überzogenen Reaktionen auf die Lehren der Hitler-Zeit, etwa als politische Wuirrköpfe versuchten, die Notstandsgesetze als NS-Gesetze zu verunglimpfen; später, in der Nachrüstungs-Diskussion, verwechselten militante Demonstranten den Widerstand gegen eine

totalitäre Diktatur mit Widerstand gegen eine rechtsstaatliche Demokratie.

Mit wachsendem Abstand zur Hitler-Zeit avancierte die klare Ablehnung des Diktators immer stärker zu einem Kernelement der politischen Kultur in der Bundesrepublik, wie zahlreiche Umfragen zeigen. Zwar beunruhigen rechts-extreme Parteien bis heute immer wieder die veröffentlichte und öffentliche Meinung, doch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern (Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz, Belgien, Niederlande) fristen rechtsextreme Parteien in der Bundesrepublik bislang insgesamt eher ein Schattendasein – zumindest feiern sie in Deutschland keine größeren, kontinuierlichen Erfolge.

Langsame Abkehr

Nach Hitlers Herrschaft mit Propaganda, Terror, Verführung und Gewalt (Hans-Ulrich Thamer) erfolgte die Abkehr vom Nationalsozialismus in Westdeutschland langsam und allmählich – die Umstände für die Abwendung von Hitler schienen nach 1945 zunächst teilweise wenig günstig. So strömten durch die Politik des Diktators Stalin Millionen von Deutschen aus dem Osten in die Bundesrepublik. Stalin hatte gehofft, die Vertriebenen würden als ein sozialer Sprengsatz die Bundesrepublik unterminieren und wieder anfällig machen für die Versuchungen eines neuen Totalitarismus. Doch im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwunges gelang es, Millionen von Vertriebenen zu integrieren, die am erfolgreichen Wiederaufbau mitwirkten. Außerdem Vertriebenen suchten Millionen von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und früheren Wehrmachtssoldaten mit ihren Familien Orientierung und eine neue politische Heimat. Sie alle bildeten ein wichtiges Wählerpotenzial.

Die 1952 verbotene Sozialistische Reichspartei hatte bekanntlich – nicht immer ohne Erfolg – versucht, NS-Sympathisanten zu sammeln. Unter SRP-Anhän-

gern gab es viele unbelehrbare, unverbes-
serliche Nationalsozialisten und verur-
teilte Täter; die SRP wollte solche Deut-
schehintersichscharen, nicht obwohl, son-
dern weil sie „gläubige“ Hitler-Anhänger
waren. Demgegenüber distanzierten sich
alle verfassungstreuen Parteien ziemlich
klar vom Nationalsozialismus. Während
die Bundesrepublik unter Kanzler Ade-
nauer – politisch wie moralisch geboten –
„Wiedergutmachung“ leistete, versuch-
ten alle demokratischen Parteien frühzeit-
ig auf unterschiedliche Weise, aber mit
insgesamt großem Erfolg Orientierungs-
lose für sich und damit die rechtsstaatli-
che Demokratie zu gewinnen.

Fragen nach Mitverantwortung und Schuld

Die starke, abstrakte Ablehnung Hitlers in
der Öffentlichkeit korrelierte allerdings
mit einer oft eher schwachen Neigung,
konkrete Fragen nach persönlicher Mit-
verantwortung oder Schuld zu stellen
oder gar zu beantworten. Die materielle
Not nach dem Krieg minderte häufig die
Fähigkeit und Bereitschaft, sich mit dem
eigenen Verhalten im Dritten Reich aus-
einander zu setzen. Hinzu kam der ver-
breitete Versuch, eigenes Versagen zu ver-
drängen, um geistig-moralisch überhaupt
überleben zu können. Es wäre wohl un-
politisch anzunehmen, die Parteien hätten
nach 1945 Millionen Mitläufer und gering
Belastete moralisch massiv verurteilen
können. Eine politische Quarantäne von
Millionen von NSDAP-Anhängern wäre
dauerhaft wohl weder möglich gewesen
noch kompatibel mit den Grundsätzen ei-
ner rechtsstaatlichen Demokratie. Even-
tuell hätte eine solche Ausgrenzung sogar
Ressentiments gegen die Bundesrepublik
genährt oder gar erst hervorgerufen. Zu-
dem unterscheiden sich mitunter Gesin-
nung und Handeln: Bis heute mutiert
extremistisches Denken nur unter be-
stimmten Umständen zu extremistischem
(Wahl-)Verhalten.

In der KZ-Gedenkstätte Buchenwald wehen Fahnen hinter den Gedenksteinen mit den Namen nationalsozialistischer Konzentrationslager. Hier wurde im April an die Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrationslager vor sechzig Jahren erinnert.

© dpa, Foto: Martin Schutt



Die baldige Einbeziehung des jungen Weststaates in den freiheitlich-antitotalitären Abwehrgürtel der Westalliierten nach 1945 leistete ebenfalls wohl keinen durchgreifenden Beitrag, in der Bundesrepublik die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Verbrechen zu forcieren – oder gar mit dem eigenen Verhalten in der Diktatur-Zeit, das keine einfachen Analysen verträgt. Nährte das Engagement gegen den damals aktuellen Totalitarismus hinter dem Eisernen Vorhang die Neigung, den früheren Totalitarismus in den eigenen Grenzen zu verdrängen?

Auch wenn einige Täter ihre Strafe bekamen: Manche (Schreibtisch-)Täter wie der trickreiche Speer erhielten nur eine geringe Strafe – gemessen an dem, was inzwischen über sie bekannt ist beziehungsweise scheint. Zudem existierten in öffentlichen Einrichtungen nach dem 8.

Mai 1945 personelle Kontinuitäten, die sehr problematisch waren; zum Beispiel gab es jene Richter, die schon dem so genannten Richter Freisler gedient hatten (ihn nannte Hitler bezeichnenderweise seinen „Wyschinski“). Zwar mangelt es Personen mit einer solchen Vergangenheit massiv an Glaubwürdigkeit: Doch bedeutet eine derartige personelle Kontinuität in jedem Falle eine Kontinuität auch im Denken und gar Handeln? Ohnehin hatte Hitlers Bluttausch nach dem 20. Juli 1944 eine größere Gegenelite aus dem Widerstand vernichtet, wobei allerdings zweifelhaft ist, ob das deutsche Wahlvolk eine solche politische Gegenelite überhaupt hinreichend unterstützt hätte.

„Antifaschismus als Legitimation“

In der SED-Diktatur übernahm eine totalitäre Gegenelite die Macht; eine Gegen-

elite, die es sich mit der NS-Vergangenheit leichter machte als die Bundesrepublik; eine Gegenelite, die den Eindruck erweckte, Hitler und eine „kleine Clique von Monopolkapitalisten“ hätten das deutsche Volk unterjocht, das deshalb schlicht als verführtes Opfer anzusehen sei; eine Gegenelite, die damit Tendenzen förderte, die NS-Vergangenheit zu verdrängen, wie Hans-Ulrich Thamer darlegt; eine Gegenelite, die den „Antifaschismus“ nutzte, um sich selbst zu legitimieren; eine Gegenelite, die versuchte, mit dem „Antifaschismus“ die angeblich faschistische Elite der Bundesrepublik zu diskreditieren; eine Gegenelite, die der Bundesrepublik vorhielt, in ihr lauere nach wie vor der „Faschismus“, weil sie es versäumt habe, dessen angebliche Basis, den „Kapitalismus“, durch Enteignung zu beseitigen.

Doch der Kern der kommunistischen Doktrin heißt Machteroberung der Partei, nicht Enteignung der Produktionsmittel – darüber sollte der „Antifaschismus“ der (antiisraelischen) SED hinwegtäuschen. Zugleich sammelte die „antifaschistische“ Führungsmacht, etwa in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD), prokommunistische Altnazis (und pflegte enge Kontakte zur PLO). In der NDPD „büßten“ frühere NS-Funktionäre als stramme Kommunisten.

Impulse der Menschlichkeit

Das westalliierte Engagement in der und für die Bundesrepublik nach 1945 half bei der Abkehr vieler Bundesbürger von Hitler ebenso wie der wirtschaftliche Aufschwung, der nach 1948 einsetzte. Gerade deshalb ist zu fragen: Wie viel Opportunismus förderte die Abkehr von Hitler nach 1945 und wie viel innere Überzeugung? (Dazu gehört allerdings auch die Frage, wie viele NSDAP-Mitglieder im Dritten Reich überzeugte Nationalsozia-

listen waren und es nach dem 8. Mai 1945 blieben.)

Doch in der rechtsstaatlichen Demokratie gibt es, so Peter Graf Kielmansegg, problematischere Verhaltensmuster als vernünftige Anpassung an die äußeren Umstände eines demokratischen Rechtsstaates – an einer solchen Anpassung mangelte es in Deutschland gerade in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Anders formuliert: Während in der Weimarer Republik zum Beispiel zahlreiche Beamte politisch wenig loyal agierten, mangelte es manchem Staatsdiener, der sich im Nationalsozialismus belastet hatte, nach 1945 eher an persönlicher Integrität – ein großer Mangel, der aber keinen Beitrag leistete, die rechtsstaatliche Demokratie der Bundesrepublik zu unterminieren.

Die intensive Auseinandersetzung der Geschichts- und Politikwissenschaft mit der Hitler-Zeit hat zur Abkehr vom Nationalsozialismus beigetragen, insbesondere auch die eingehende Befassung mit dem Widerstand gegen Hitler – heute schmücken die Namen aktiver Hitler-Gegner zahlreiche Straßen, Plätze, Schulen und wissenschaftliche Institute. Die Beschäftigung mit dem Dritten Reich, aber auch anderen Diktaturen erfolgte in der Bundesrepublik insgesamt aktiver als in anderen Ländern und bleibt in einem Gemeinwesen mit doppelter Diktaturerfahrung eine besonders wichtige Aufgabe. Denn die stetige Auseinandersetzung mit jeglichen Diktaturen kann immunisieren; sie kann helfen, totalitäres und extremistisches Denken und Handeln zu verhindern oder zu bekämpfen. „Erinnerung ist die wichtigste Verpflichtung, die uns [...] diese Vergangenheit auferlegt [...] Es geht [...] immer von neuem darum, die Erinnerung an die äußerste Unmenschlichkeit in Impulse der Menschlichkeit zu verwandeln“ (Peter Graf Kielmansegg).